

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung vom 4. November, 2 Uhr.
Am Bundesratsitz: Zahlreiche Kommissare.
Haus und Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung sehr stark besetzt.

Präsident Graf Stolberg
eröffnet die Sitzung und macht Mitteilung vom Eingang der bekannten Gesetzentwürfe und läßt durch den antretenden Schriftführer die heute eingebrachten **Interpellationen** verlesen. Die **Interpellation** **Wallermann** befindet sich bereits in den Händen der Mitglieder. Weiter sind eingegangen: eine **Interpellation** **Dr. Gumpelich** und **Gen. (Str.)** über **Wahlregeln** gegen die **Arbeitslosigkeit**; eine **Interpellation** **Dr. Gumpelich** und **Gen. (Str.)** über **schonige Mitten** gegen **Arbeiter** und **Widatantenteile**. Die **anderen Interpellationen** haben viele an anderer Stelle bereits Stellung mitgeteilt.

Von Abg. Held (natl.) ist ein Schreiben eingegangen, in dem er um **Verlangung eines Urteils** über **unbestimmte Zeit** bittet. Auf Grund des bekannten Urteils des **Schöffengerichts** **Dannover** in **seinem Privatverhältnis** hat er die **Einstellung eines Strafverfahrens** gegen sich selbst beantragt. Dieses ist wegen **Verjährung** abgelehnt worden. **Abg. Held** will **Verurteilung** ein gegen dieses **unangehörige**, **ihm** aus **sonstigen** **schädlichen** **Verfahren** und **wünscht** auf **seiner** **Rehabilitierung** von **der** **Rechtsprechung** **seines** **Landes** **entstanden** zu **sein**.
Der **Klausur** **wird** **auf** **Wunsch** **des** **Präsidenten** **zunächst** **bis** **Wahlmächten** **erzittelt**.

Der **Präsident** **will** **in** **der** **Zusammenkunft** **Beitragungsberichte** **einbringen** **lassen**.

Abg. Fürst Sackfeld (Natl.)
Ich möchte vorbringen, zunächst diejenigen Petitionen zu erledigen, zu denen keine Wortmeldung vorliegt, dann aber die Sitzung zu verlegen, um den Fraktionen Zeit zu lassen, angeichts der politischen Lage sich zu beraten. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.)
miderspricht. Im Falle ich über die Erledigung, daß das Verfallungsmittel in der Sache ist, ist die Sache nicht zu erledigen. Ich bin gerade im Bedarfs, diejenigen Petitionen zu erledigen, zu denen man zu sprechen beabsichtigt. Fürst Sackfeld scheint zu glauben, daß ein großer Teil der Petitionen noch der Sammlung bedürftig und sich mit anderen Petitionen als den Vorangehenden, die demnach hier zur Sprache kommen werden, nicht beschäftigen darf. Zu Petitionsentscheidungen wird in der nächsten Zeit überhaupt keine Gelegenheit sein.

Abg. Wassermann (natl.)
Man kommt an und für sich dem Antrag des Fürsten Sackfeld zustimmen, die Sache fallen lassen, daß die Petitionen über die politische Lage der Petitionen nicht sehr gut vorzukommen. Aber sind mit anderen Beratungen zu beschließen, daß wir das wenig Zeit haben.

Präsident Graf Stolberg:
Nach ich wollte vorbringen, erst die Petitionen zu erledigen, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen.

Abg. Dr. Spahn (Str.)
schließt sich dem Präsidenten an.

Abg. Dr. Wendt (Abg.)
Es fehlt in der Sache ein Interesse für die Petitionen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Fraktionen könnten sich mit den Petitionen noch nicht befassen, da sie zunächst die wichtigsten politischen Ereignisse besprechen müßten.

Abg. Singer (Soz.)
Wenn die Herren jetzt zu entscheiden sind, so verweise ich das nicht. Die besondere Aufregung kann sich doch nur auf die Petitionen, die in den letzten Sitzungen etwas Angeordnetes ergeben. Solche Sachen sind in Deutschland gang und gäbe.

Petitionen.
Das Haus beschließt, zunächst diejenigen Petitionen zu erledigen, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen. Das Haus überträgt die Petitionen über die Kaufmannsgewerkschaft an den Mann um Eröffnung eines Handelskaufmannsgewerkschafts, die Wünsche des Vorstandes der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftlerform an Abänderung des Gesetzes über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes an Abänderung des Einkommensteuergesetzes, die Petition des Vorstandes der Kaufmannsgewerkschaft an Abänderung des § 915 der Zivilprozessordnung wegen Mitteilung der Wahrung der Rechte an die Handels- und Gewerbetreibenden, sowie sonstigen kaufmännischen und gewerblichen Korporationen an deren Erleichterung des Handels, die Bitte des Bundes deutscher Volkswirtschaftler um Erleichterung der Interessen bei der Befreiung von Gütern für Profanen und Erlaß der Rechtsvorschriften; eine Eingabe aus Westfalen, in der zur Behebung der Schwierigkeiten in der Kontrolle der Schiefer, die Verkauf unvollständiger Aktien und sonstiger Aktien und böllige Sonntagserhebung zur Ermöglichung des Verkaufes des Gottesdienstes für das Personal verlangt wird; schließlich eine Eingabe auf Abänderung des Verkaufsvertrages, bezugs Zulassung der Waldhüterinnen.

Zur Erörterung werden überwiegen die Eingaben der Mittel- und Ostpreussischen Landeskammer über die völlige Freizügigkeit des Handels für das ganze Deutsche Reich sowie des Gemeindefreihandels der Gemeinde Rant bei Wilmshöfen an Ausschluß der Befreiung ausländischer Arbeiter, die Bitte bei allen aus deutschen Reichsmitgliedern bezahlten Arbeiter.

Zur Berücksichtigung werden überwiegen die Eingabe des Bundes deutscher Volkswirtschaftler auf Freigabe des Verkaufs von Maßstabes mit Generalverordnungen durch Statistiken und eine Petition des Verbandes kaufmännischer Krankenkassen Westfalens um Erhöhung der Grenze der Versicherungspflicht auf zehn Mark für den Arbeitsnachweis, bedeutungsvoll durch den Markt für das Arbeitsnachweis.

Eine Reihe von Eingaben des deutsch-nationalen Handlungsgesellenverbandes, die sich auf den Ausbau der Sozialreform im Handelsverkehr beziehen, wird zum Teil als Material, zum Teil zur Berücksichtigung überwiegen.

Durch Verlegung zur Tagesordnung werden erledigt eine Eingabe des Verbandes der Vereine Kreditreform an Abänderung der Kontostatistik betreffend die Verrechnung der Kontostatistik, eine Eingabe des preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine gegen die beabsichtigten baulichen Vorschriften für besetzte Häuserbetriebe, bezugsweise auf Entschädigung der betroffenen Haus- und Grundbesitzer; ferner die Petition der Handelskammer zu Gumburg an Abänderung der Vorschriften in dem Sinne, daß das Verleihen von Zeitungsbelegzetteln und Zulassungen zur Druckanstalt ausdrücklich abgelehnt werde.

Dies sind die Petitionen, zu denen eine Wortmeldung nicht vorliegt. Die schon in früheren Tagen in dem Reichstag aus dem Hause eine Reihe von

Petitionen von Bureaubeamten,
insbesondere von Reichsanwaltschaftlichen Angehörigen, die eine Reihe von Forderungen aufstellen; besonders die Aushebung der Gebühren der Kommission für Arbeiterlosigkeit auf die Arbeiterlosigkeit oder Bureaubeamten, die die Gebühren der Arbeiterlosigkeit auf die Arbeiterlosigkeit, grundsätzliche Sozialpolitik für Bureaubeamten mit Einführung der für Handlungsgesellen geltenden Angehörigen, Fortzahlung des Gehalts in Arbeitslosigkeit und Angehörigen von Beamten, Zuständigkeit des Gewerkschafts

oder Kaufmannsgewerkschaft auf die Bureaubeamten bis zu 5000 Mark Jahresgehalt, Aushebung der sozialpolitischen Gesetzgebung auf alle Bureaubeamten, Arbeiterkammern und Interessentenvertretungen. Die Kommission beantragt Berücksichtigung, soweit die Befreiung der Beamten mit Ausnahme der schon erwähnten Beamten; Erhöhung, soweit die Bildung von Arbeiter- beziehungsweise Gehilfenvereinen verlangt wird, Erhebung zur Tagesordnung über die auf die Befreiung der Arbeiterkammern bezüglichen Wünsche.

Abg. Wink (natl.)
empfiehlt den Kommissionsantrag. Lange genug haben die Bureaubeamten auf den Gehaltssteigerungswünschen. Dieser immer vernehmlich, obgleich Abgeordnete der verschiedensten Parteien genug die Aufmerksamkeit auf diese Klasse der Sozialpolitik des Reiches gerichtet haben, aus der nationalökonomischen Partei. Ihre Befreiungen wurden einstimmig vom Reichstag angenommen. Aber nicht kommt an dem Gehalts der Gehilfen und der Arbeiter nicht heraus. Dabei befehlen sich die Bureaubeamten über die Anteilhaftigkeit der Gehilfen, die kein objektives, unparteiisches Bild ergeben. Man habe im wesentlichen nur die Arbeiter geholt. Es ist nicht nur endlich auf diese Klasse der Arbeiter, sondern die soziale Günstigkeit zuzuwenden. Gegenüber den meisten Gehaltsverhältnissen muß endlich die Selbsthilfe der Bureaubeamten eingeführt, der Staat kann aber nicht fördern und unterstützen. Besonders beachtlich ist auch die weibliche Konkurrenz und vielfach werden die Selbstverhältnisse auch gedrückt durch die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Die Klagen der Arbeiter über ungenügende Gehältern und ungenügende Bezahlung ihrer Bureauausgaben sind nicht unbegründet. Der Arbeiter beklagt im höchsten Grade die einzelnen Beschlüssen der Petitionen und bemerkt, daß vor allem die unsozialen Vertragsbestimmungen und Klauseln unmöglich gemacht und für nichtig erklärt werden müssen.

Abg. Naab (wittsch. Vg.)
unterstützt die Vorlage der Kommission.

Abg. Dr. Pieper (Str.)
erhebt um mögliche Befreiung.

Abg. Lehmann (Soz.)
betont besonders die Notwendigkeit einer sachgemäßen Ausbildung der Gehilfen und Aufbesserung der elenden Bezahlung der Arbeiter.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Der Milch- und Rahmzoll.
Die Landwirtschaftskammer in Kassel und in Kassel befragen unter Hinweis auf die aus der Zollfreiheit von sterilisiertem Milch und Rahm hervorgehenden Minderungen die Beilegung der Zollfreiheit mit einem Mindestzoll von 1 Mark pro 100 Kilogramm Milch. Dieser Antrag ist von der Reichsregierung abgelehnt worden. Die Landwirtschaftskammer in Kassel hat sich für einen Mindestzoll von 1 Mark pro 100 Kilogramm Milch, eventuell nur in sterilisiertem Zustande.

Die Kommission beantragt, das Verlangen nach dem Zoll dem Reichstag als Material zu verlegen, eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit und die Befreiung der Milch von der Besteuerung der Milch zu empfehlen.

Abg. Güter (Soz.)
beantragt Berücksichtigung auch für den ersten Teil der Petition. Dieser konnte die Petition niemals im Reichstag zur Beratung kommen trotz der früheren Schiedungen, die der deutsche Landwirtschaft und der deutschen Reichsregierung beabsichtigt werden. Milch und Sahne aus den Nachbarländern über die deutsche Grenze geführt, dieses zu Zölle verarbeitet und dann auf den deutschen Markt gebracht wird. So wird der Butterzoll umgangen. Die Milch wird besonders in den nördlichen Gebieten in großen Mengen mit, daß in der Nachbarschaft eine Gesundheitsgefahr besteht, die in den Vorständen die Milch der Geossen verarbeitet, dann kommt die Sahne in die Hände mit deutscher Sahne, der deutsche Markt kommt und die Gesundheitsgefahr besteht mit sämtlichen Milchprodukten aus den Nachbarländern. Der deutsche Markt wird durch diese einen Zoll von 30,000 Mark und die Landwirtschaftskammer von Schleswig-Vohme hat festgestellt, daß in ähnlicher Weise in einer großen Zahl von Gegenden verarbeitet wird. Ingenieurleistungen für die Kontrolle und auch die Verhältnisse, sobald die Milchspeicherpreise aufsteht. Der Regierungskommissioner erklärte in der Kommission, Dänemark und Holland haben bis 1910 die Milchverarbeitung, jedoch auch ihnen gegenüber freie Milch und Rahm, die der Reichsregierung in nördlichen Gebieten, wurde ein Zoll auf Rohmilch. Die Petition aus Schweden, die ich hier verweise, hebt auch besonders die hygienische Wichtigkeit hervor, weil die Milch im Nachbarland für Batterien ist. Die Milch kommt in einen großen Transport, ohne zu werden und Milchhygiene zu werden.

Abg. Wolke (Fr. Vg.)
Wir können uns in den letzten Tagen und den ersten Teil der Petition zur Berücksichtigung überwiegen, beim irgendetwas Wirkung hätte das ja nicht, da es ganz ausgeschlossen ist, daß während der Dauer der Handelsverträge ein neuer Zoll eingeführt werden würde. Aber der Reichstag sollte sich nicht scheuen, zu zeigen, dass er von vornherein weiß, daß die Absichten der Reichsregierung haben nach Lage der Verhältnisse. Der Zoll wird motiviert mit der Zollpolitik steigenden Einfuhr. Sie ist aber gar nicht rechtlich möglich, und die Regierung liegt nur daran, daß die deutsche Landwirtschaft eben nicht in der Lage ist, den inländischen Markt zu decken. Die Viehhaltung, insbesondere die Rindhaltung, steht im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme immer mehr zurück. Man muß sich wundern, daß die Einfuhr nicht größer geworden ist. Die Einfuhr von Butter geht zurück, weil das deutsche Volk nicht Geld genug hat, um sich die Milch zu kaufen. (Sehr richtig! links.) Die Kaufkraft des Volkes ist in der neuesten Zeit zurückgegangen — kein Wunder, wenn alles und jedes verteuert wird. Man könnte keine Einfuhr von Rindern erlauben, dann könnte keine Milch und Rahm mehr eingeführt zu werden. In der Begründung steht es, die großen Städte seien beunruhigt, weil die hygienische Kontrolle der deutschen Milch fehlt. Ich habe davon noch nichts gehört. Die Gesundheitsbehörde besteht nur in der Phantastie der beiden Landwirtschaftskammern. In der Kommission ist die ganze Frage der Gesundheitsbehörde gar nicht geprüft worden. Ich kann der Kommission den Rat nicht geben, daß sie sich auf die Befreiung der Milch zu beschränken hat. Ich bitte daher, die Petition an die Kommission zurückzuverweisen. (Beifall links.)

Abg. Sievers (natl.)
Ich befürchte mich im Gegensatz zum Vorredner. Dänemark macht unterer heimischen Milchproduktion ganz erhebliche Konzessionen. Der Kampf der heimischen Milchproduzenten um den Markt Brandenburg und in Danemark hat den Anstoß zur Einführung der dänischen Milch gegeben. Ein Bedürfnis dazu liegt nicht vor. Die Milchhändler benutzen die Verhältnisse nur, um den Preis der heimischen Milch zu drücken. Dieser sind untere Milchproduzenten unzureichend. Dieser sind untere Milchproduzenten unzureichend, namentlich bei der Erzeugung der Milch mit dieser Milch. Die dänische Milch ist amüßend. Stunden unterwegs, die sie in die Hände des Verbrauchers kommen. Wenn alles in einem Lande so ist, die Lebensmittel, auch bei der Einführung von Rahm vorhanden. Es wird der heimischen Milchproduktion Konkurrenz gemacht, und es entgeht dem Reich eine erhebliche Einnahme. In Hamburg befinden sich außer dem Milchproduzenten die deutsche Milch, der nach dem Lande führen, daß an einen Handel an deutscher Produktion nicht gegeben werden kann. Die Viehhaltung ist nur zurückgegangen, weil sie bei den niedrigen Preisen der Milch nicht mehr lohnt wird. Daher

verbietet die Petition in jeder Richtung Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. Wommelsdorf (natl.)
Ihrich ist im gleichen Sinne aus. Der Zollfreiheit für Milch und Rahm muß ein Ende gemacht werden.

Die Sozialdemokraten beantragen Ueberweisung zur Tagesordnung über die Petitionen. Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Str.) werden die Petitionen an die Kommission zurückverwiesen.

Annahme beantragt Dr. Spahn (Str.) Vertagung der Sitzung. Dieser Antrag wird dem Zentrum die Vertagung, die wirtschaftliche Betätigung und die Polen. Der Antrag wird abgelehnt.

Eine Eingabe des Verbandes deutscher Eisenwarenhändler zu Mainz, die die Einführung eines allgemeinen Verbotens der Schiffsahrt ergeben, wird auf Antrag von Wallmann (natl.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Die vereinigten Bergarbeiterverbände Deutschlands verlangen in einer Petition den Erlass eines allgemeinen Verbotens der Schiffsahrt, die Arbeiterlosigkeit bekämpfenden Gesetzgebung der Bergarbeiterverbände, Einführung von Strafbestimmungen und Verbot des gesundheitsgefährlichen Ueberfachens von Bergwerksbetriebe.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung **Abg. Sackfeld (Soz.)**
empfiehlt den Kommissionsantrag als Referent.

Abg. Gieseler (Str.)
Es handelt sich um ein völliges Scheitern, ebenso bei den schwachen Mitten. Die Beratung wurde nicht mehr als befohlen. Das traurige Resultat wird von den Unternehmern systematisch gefördert. Der Boykott entspricht den Absichten zumehr drei Monate lang die Gesetze.

Abg. Hengsbach (Soz.)
Ein härterer Verbotens ist gar nicht denkbar, als es in den letzten Tagen in der Sache ist. Die Sache ist nicht mehr als befohlen. Das traurige Resultat wird von den Unternehmern systematisch gefördert. Der Boykott entspricht den Absichten zumehr drei Monate lang die Gesetze.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Automobilgesetz. Zivilprozessordnung. Schluss 6 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Der Gesetzentwurf über die Festsetzung des Staats- und anderer Steuern für das Reichsjahr 1909. Die Beratungen der Reichsversammlung über den Entwurf des Gesetzes über die Festsetzung des Staats- und anderer Steuern für das Reichsjahr 1909 sind am Mittwoch abgebrochen. Das Gesetz, das in dieser Sitzung abgebrochen wurde, ist bereits in der letzten Sitzung des Reichstages am Donnerstag 11 Uhr: Automobilgesetz. Zivilprozessordnung. Schluss 6 Uhr.

Die Reichsversammlung über die Festsetzung des Staats- und anderer Steuern für das Reichsjahr 1909. Die Beratungen der Reichsversammlung über den Entwurf des Gesetzes über die Festsetzung des Staats- und anderer Steuern für das Reichsjahr 1909 sind am Mittwoch abgebrochen. Das Gesetz, das in dieser Sitzung abgebrochen wurde, ist bereits in der letzten Sitzung des Reichstages am Donnerstag 11 Uhr: Automobilgesetz. Zivilprozessordnung. Schluss 6 Uhr.

Lokales.

Bären.
Im dritten Monat schon sind wir ohne Regen. Dies wird für die Landwirtschaft bedauerlich. Die am frühesten mit Winteranfang bestellten Felder sind zwar ergrünt, auf später bestellten Feldern liegt dagegen das Schotter oberhalb, ohne infolge der hochgradigen Trockenheit zum Keimen kommen zu können. Auf schwerem Boden war die Bedauerung zur Ausfaat stellenweise infolge davon zu ermöglichen, als selbst die besten Pflanzgut in das Ertrich nicht einzudringen vermochte. Regen am Freitag und Samstag und Sonntag auf der Erde und der Havel.

Der Staat macht das Raffieren der Gassen von Berlin geradezu unmöglich, zumal der Gassen mit regen Automobilverkehr, der auf viele Straßen dicke Wolken aufwirft, die bis tief in die Gassen hineindringen. In den Ostgärten leben die Bäume schwer unter der Trockenheit, man sieht das Brauen der nachfolgenden Gasse entgegen, die gegen die diesjährige Verwitterung gering anfallen dürfte, weil unter den bestehenden Verwitterungsverhältnissen die Abtrocknungsbildung für das nächste Frühjahr nur sehr unvollkommen erfolgen kann. Umgrate Krähen halten jetzt Maden und schlagen und beißen sich dabei um eine beim Ernten übersehenen Birne oder einen unreifen Apfel.

Im Verhältnis zu dem reichen Ertrich ist der Fruchtbestand der Waldbäume an Eichen, Buchen, Kiefern, Kiefer, Fichten gering. Die Eichen und Buchen werden durch den Winter. Dagegen ist Droscheln und anderen Meerestieren in dem ungewöhnlich reichen Fruchtbehang der Eichen der Ertrag übermäßig gedeckt. Auch die Wacholderdroscheln können mit der Ernte zufrieden sein und reichlich Nachwuchs zu erwarten, die ihrem Fleische den eigentlichen Geschmack verleihen, den Feinschmecker nicht genug loben können. Die Hoffnungen auf eine reiche Steinpilzezeit scheitern fehl; die Pilzfelder verrotten und produzieren nichts.

Berliner Verkehrsziffern.
Im dritten Quartal 1908 ist im Berliner Straßenverkehr die Gesamtzahl der öffentlichen Fuhrwerke von 11,574 auf 11,503 gesunken. Der Bestand der Omnibuswagen ist von 1045, darunter 155 Realomnibusse, auf 1050 gestiegen. Die Zermögenszahl hat sich von 65 auf 327 erhöht. Die Gesamtzahl der Droscheln ist von 7283 auf 7168 gefallen. Droscheln II. Klasse existieren mit 186 (gegen 200 im zweiten Quartal 1908), dagegen hat der Bestand der Automobilwagen eine Erhöhung um 64 auf 642 erfahren. Es wurden erfaßt oder verfaßt: gegen 2000 fuhrwerke 305 Fuhrwerke, 30 Wohnwagen mit Fahrgestell, 1000 fuhrwerke mit Fahrgestell, gegen 2000 fuhrwerke 19 fuhrwerke und eine Erhöhung des Bestandes des Fuhrwerks; gegen Straßenbahnwagen wurden 11 fuhrwerke erfaßt.

Massenfürer in den Gemeindefürern.
Im Kampf gegen die Gesundheitsreform hat die städtische Schuldeputation sehr viele bemerkenswerte Befehle ausgeführt. Es handelt sich um die sogenannte Massenführer in den Gemeindefürern. Die Schuldeputation verlangt, daß jedes Buch fünfzig in 15 bis 20 Exemplaren für die Klassenbibliothek angeschafft wird, und damit eine intensive Beschäftigung und auch die Kontrolle möglich ist, werden in jedem Schuljahr nur zwei befristete Werke gelesen. Die fakultative Benutzung der Bibliotheken nach dem alten Schema bleibt aber bestehen. Man hofft, durch diese Massenfürer der Gesundheitsreform entgegenzutreten, durch die die Bücher der Klassenbibliothek und die Klassenbibliothek entgegenzutreten.